

# Ostland-Berichte

## Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

### Inhalt:

Exportergebnisse und Exportförderung.

Der Frage der Gehaltung in Polen.

Wirtschaftsentwicklung und Außenhandel.

Zur Frage der Agrarreform und die finanzielle Rentabilitätspolitik.

Die Lage und Bedürfnisse der großpolnischen Landwirtschaft.

### Exportergebnisse und Exportförderung.

Seit einiger Zeit häufen sich in der polnischen Presse einerseits die Hinweise auf die zunehmende Bedeutung des Außenhandels überhaupt und andererseits die fortschreitende Umstellung des Warenhandels auf die überseeischen Länder.

Betrachte man die erst kürzlich vom Hauptstatistischen Amt in Warschau veröffentlichten Zahlen über den Zahlungsvorkehr Polens, so sehe man, daß, während derselbe besonders in seinem „unsichtbaren“ Teile im Jahre 1934, wie seit Beginn der Krise, weiterhin stark zurückgegangen sei, dagegen der Warenoverkehr allein, entgegen der im allgemeinen in der Welt vorherrschenden Tendenz, nicht nur nicht geschwumpft sei, sondern sogar einen Anstieg erlebt habe. Diese Tatsache könne als Beweis für die Annahme gelten, daß der Außenhandel im polnischen Zahlungsvorkehr eine immer vorteilhaftere Rolle zu spielen beginne und zu einem der hauptsächlichsten Ausgleichsmomente für die Zahlungsbilanz Polens werde.

Bei einem Vergleich der polnischen Zahlungsbilanz für die Jahre 1934 und 1933 sei deutlich erkennbar, wie der Kapitalverkehr und insbesondere der Kreditverkehr mit dem Auslande zunehmend schrumpfe, wie weiterhin auf der Einnahme- sowie Ausgabeseite die Gewinne bzw. Leistungen aus dem Transportverkehr, der Arbeiterwanderung, Touristik u. a. m. abnehmen. Selbstverständlich würden auch die Saldo aus diesen Positionen immer kleiner, und weniggleich die Ausgabeposten in der Verrechnungsbilanz mit dem Auslande von Jahr zu Jahr geringer würden (s. B. sei der dauernd passive Saldo der Zinsen, Dividenden, Kupons u. a. m. von 417 Millionen Zloty im Jahre 1931 auf 218 Millionen Zloty im Jahre 1933 gesunken), so schrumpften jedoch auch die Aktivposten dieser Bilanz (der Saldo der „Leistungen“, beispielsweise, sei von 239 Millionen Zloty im Jahre 1934 auf 178 Millionen Zloty im Jahre 1933 zurückgegangen). Der Abnahme der eigenen Verpflichtungen auf der einen Seite ließe also auch eine Abnahme der fremden Leistungen auf der anderen Seite gegenüber. Unter diesen Umständen sei das 1934 beobachtete Anwachsen des Aktivsaldo im Warenoverkehr als besonders wertvoll anzufassen.

Die Zahlen, mit denen die Wirtschaftszeitung „Polska Gospodarka“ operiert, beziehen sich nur auf die ersten elf Monate des Jahres 1934.

„Für diesen Zeitraum betrug der Wert der Einfuhr nach Polen 731,2 Millionen Zloty, der Wert der Ausfuhr 893 Millionen Zloty. Das bedeutet einen weiteren Rückgang des Einfuhrwertes um rund 5 % im Verhältnis zum gleichen Zeitschnitt des Jahres 1933, und eine Steigerung des Ausfuhrwertes um rund 2 % im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die genannten Zahlen sind letzten Endes lediglich für die Feststellung des Aktivsaldo des vergangenen Jahres maßgebend, eines Saldo, der um rund 60 % über dem des Jahres 1933 liegt und ungefähr dem Ausfuhrüberschuß von 1931 gleichkommt.“

Infolge des allgemeinen Sturzes der Weltmarktpreise seien jedoch weniger die Wertzahlen als vielmehr die Mengenahlen für eine Beurteilung entscheidend.

„Und hierbei läßt sich deutlich feststellen, daß im Verlauf von 11 Monaten des Berichtsjahres der Umfang unserer Einfuhr um rund 10 % im Verhältnis zum Umfang der gleichen Zeit von 1933 angestiegen ist und in der Ausfuhr diese Steigerung sogar 13 % überschritt (wodurch sich auch der wertmäßige Anstieg trotz des Preisrückganges erklärt).“

Bei einem Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung im Welthandel müßte man daher die Lage des polnischen Außenhandels im Jahre 1934 als außerordentlich günstig beurteilen. Denn es sei Polen nicht nur möglich gewesen, die aktive Handelsbilanz aufrecht zu erhalten, sondern es vermochte sogar diese im Berichtsjahre weiter zu erhöhen. Dies habe man ohne jede Anwendung von Einfuhrbeschränkungen erreicht — denn auch die Einfuhrenmenge sei weiterhin gestiegen — sondern durch Ansnutzung der Konjunktur der weiter fallenden Preise in der Einfuhr und durch eine bedeutende Steigerung der eigenen Ausfuhr. Diese Tatsache verdiene besonders hervorgehoben zu werden, als im allgemeinen die Ausfuhrbedingungen außerst ungünstig gewesen seien. Die hierfür entscheidenden Momente seien gewesen: 1. das Bestreben der Gläubigerländer mit fester Währung, die Passivität ihrer Handelsbilanzen zu beseitigen, 2. die zunehmenden Devisenknappheiten in allen europäischen Märkten, und 3. die u. U. größte Schwierigkeit für unsere Ausfuhr, die in den Folgen der Preislenkung, in Gold gerechnet, lag und die sich auf den bisherigen Hauptabnehmermärkten auswirkte.

„Wenn wir trotz all dieser Schwierigkeiten die vorher geschilderten Erfolge zeitigen konnten, so ist das in der Hauptsache der Elastizität der Handelspolitik, wie wir sie im Verlauf des ganzen Jahres 1934 geführt haben, zu verdanken. Denn ohne nämlich im Kampf um eine aktive Handelsbilanz zur Linie des geringsten Widerstandes Zuflucht zu nehmen — wie es zweifellos eine weitere Drosselung der Einfuhr gewesen wäre — waren wir immer bemüht, soweit als möglich die Umsätze zu vergrößern, bei gleichzeitiger Anpassung an die auf dem jeweiligen Absatzmarkt unserer Waren herrschenden Bedingungen. Im Endergebnis erreichten wir sowohl eine mengen- als auch zahlenmäßige Zunahme unserer Ausfuhr und, was wichtiger ist, eine weit größere Anzahl von Absatzmärkten, wobei wir auch zum ersten Male in nennenswerter Weise auf von uns bisher nicht besuchten Märkten, wie den Überseeismärkten, Fuß fassen konnten. Wenn im Verlauf von 10 Monaten des vergangenen Jahres unsere außereuropäische Ausfuhr schon 12,6 % des Wertes unserer Gesamtausfuhr erreichte (im Oktober vorigen Jahres sogar fast 20 %), gegenüber 7,6 % im gleichen Zeitraum des Jahres 1933, so bedeutet das einen wirklichen Fortschritt. Wir haben im Vergleich zum Jahre 1933 eine Ausfuhrsteigerung nach fast allen überseeischen Märkten zu verzeichnen.“

Diese Tatsache einer leichten Schrumpfung unserer Ausfuhr nach Europa bei gleichzeitigem starken Ansteigen der Ausfuhr nach Übersee sei, kennzeichnend für den Außenhandel des Jahres 1934.

Am Zusammenhang mit dieser Umstellung müßte gleichzeitig noch auf eine andere wichtige Erscheinung hingewiesen werden,

nämlich auf die sich im Rekordtempo vollziehende Wandlung des Charakters unserer Einfuhr. Vor dem Ausbruch der Krise — im Jahre 1928 — bildeten die Konsumartikel 18 % unserer gesamten Einfuhr, Rohstoffe und Halbfabrikate 38 % und Fertigwaren 44 %. Seit dem Jahre 1929 ist ein deutlicher Rückgang des Anteils der Lebensmittel/einfuhr erkennlich (1929 — nur noch 12 % der Gesamteinfuhr) und statt dessen eine Zunahme des Anteils der Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Mit der fortschreitenden Vertiefung der Krise bezieht auch der Anteil der Fertigwaren zurückzugehen, indem er 1933 nur noch 37 % erreicht, während sich der Anteil der Lebensmittel weiterhin auf 18 % hält und der Anteil der Rohstoffe und Halbfabrikate auf 50 % ansteigt. Und diese Tendenz nimmt im Jahre 1934 noch an Schärfe zu: im Verlauf von 11 Monaten des Berichtsjahres bildet die Einfuhr von Lebensmitteln nur noch 10 % der Gesamteinfuhr, die Einfuhr von Fertigwaren nur noch 33 %, dagegen steigt der Anteil von Rohstoffen und Halbfabrikaten auf 57 %. Dies ist zweifellos der Ausdruck einer bedeutenden Produktionssteigerung bei gleichzeitiger — fortgesetzter — Schwächung des Konsummarktes. Wenn der gegenwärtige Zustand nur ein vorübergehender ist und wenn die Produktionssteigerung sich auf die Einfuhr von Verbrauchsartikeln auswirken und deren Anteil an der Gesamteinfuhr vergrößern wird, dann erscheint diese Tendenz verständlich. Wenn die gegenwärtige Tendenz jedoch weiter bestehen bleiben sollte, so würde das eine recht beunruhigende Erscheinung einer allzu raschen und infolge dessen einer ungesunden Entwicklung der einheimischen Produktion auf zu vielen Gebieten mit einem Male zum Ausdruck bringen, eine Entwicklung — die später bei Wandlung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht für längere Dauer erhalten werden könnte.“

Aus dieser Lage heraus ergebe sich für Polen und insbesondere die polnische Industrie die Aufgabe, durch staatliche und private Förderung der Ausfuhr dieselbe mengenmäßig weiter zu steigern.

Da sel vor allem der in der letzten Haushaltskommission des Sejm eingehend besprochene Staatliche Exportfonds zu nennen, der zur Unterstützung der Ausfuhr landwirtschaftlicher und industrieller Produkte jeder Art diene. Der Vorstand des Staatlichen Exportfonds gehöre zur interministeriellen Kommission zur Förderung der Ausfuhr. Der Finanzminister habe das Recht, für den Fonds eine Garantie bis zu 60 Millionen Zlotj zu übernehmen. Die Gelder des Exportfonds stammen nach dem Gesetz von 1931 aus: 1. der Rückzahlung der vom Staatsfiskus den Kreditinstituten gewährten Kredite und den Zinsen für diese Kredite, 2. den für die Landeswirtschaftsbank im Staatshaushalt vorgesehenen Beträgen, wenn die in Aussicht genommenen Zwecke bereits erfüllt seien, 3. vom Gesetz vorgesehenen Beträgen, 4. den Gebühren für gedährte Garantien. Der Stand des Staatlichen Exportfonds zum 1. 7. 1934 habe 316 939,92 Zlotj einschließlich der Zinsen für das 1. Halbjahr 1934 betragen, der Stand der erteilten Garantien zum 15. 10. 1934 — 4 698 438 fr. Diesse Garantie sei nämlich der Hütte „Dokoh“ (Friedensbüfste) für die Ausfuhr von Eisenbahnschienen nach Brasilien erteilt worden.

Außerdem sei ein Sonderfonds für ermäßigte Kredite und Bankgarantien für die Butterausfuhr nach dem Deutschen Reiche geschaffen worden, und es werde die Schöpfung eines solchen auch für die Gölseausfuhr nach dem Reiche erwogen.

Wenn die polnischen Exporteure in verschiedener Hinsicht unter etwas günstigeren Verhältnissen arbeiten als die Kaufleute anderer Länder, so fehlen ihnen andererseits aber auch wieder einige sehr wesentliche Unterstüttungsmomente, über welche jene verfügen. So fehlt ihnen eine Finanzierungsbüße für die Produktion, die für den Export bestimmt sei, oder die Sicherung des Exportkredites, die Sicherheit der Devisendeckung oder des Wertaufschlags, wie sie bei der Währungspolitik und den Währungschwankungen in den Absatzländern notwendig wärd, und schließlich fehlt den polnischen Exporteuren auch noch die wichtige Waffe der Deviseneinschränkungen.

Vor babe Polen gegen diejenigen Länder, die eine scharfe Devisenpolitik führen, den Clearingverkehr in Anwendung gebracht. Dies sei nur ein teilweiser Erfolg, weil von den genannten nach Polen eingeführten Waren nur rund 52 % unter die Reglementierungsbestimmungen fielen und damit also vom Clearingverkehr erfasst werden könnten.

Außerdem ist eine Reihe anderer Mittel zur Anwendung gelangt, von denen die einen denjenigen der Mehrzahl der europäischen Staaten angenähert sind — gedacht ist hierbei vor allem an die mittelbare Hilfe in der Form ermäßigter Eisenbahntarife, Befreiung von der Umsatzsteuer u. ä. m., sowie an die unmittelbare Hilfe, wie die Zollrückerstattung; die zweite Gruppe bildet die ureigen polnische Methode und entspringt den spezifischen Wirtschaftsbedingungen unseres Landes. Zu diesen einheimischen Mitteln gehören: die See- und Waren-Kompensation sowie die Hilfe, die der Ausfuhr aus dem Fonds, der aus dem sogenannten „Auskauf“ entstanden ist, erteilt wird.“

Die sogenannte „Seekompensation“ beruhe darauf, daß bestimmte Waren bei der Einfuhr nach Polen auf dem Seewege einer ermäßigten Verjollung unterliegen, wenn der Importeur nachweisen könne, daß er gleichzeitig eine entsprechende Ausfuhr gefügt habe. Da der Importeur in der Regel nicht gleichzeitig auch Exporteur sein werde, so sei er zum Ankauf von Dokumenten gezwungen, die die Ausfuhr einer bestimmten Warenmenge, welche zum Kompensationsverkehr zugelassen sei, bezeugen (sogenannte Kompensationsquittungen). Der nominelle Wert einer solchen Befreiung entspreche der Zollsumme die mit einer solchen Befreiung bezahlt werden könne. In dem Preise der Kompensationsquittungen liege die Büße für den Export.

Anfangs babe dieses Exportförderungs mittel recht gut seinen Zweck erfüllt, doch in recht kurzer Zeit habe sich gezeigt, daß dieser Automatismus stark erschüttelt werde, da infolge einer verhältnismäßig geringen Warenmenge, die nach den außereuropäischen Märkten ausgeführt wurde und eines infolgedessen ungenügenden Angebots solcher Kompensationsbefreiungen bei einer gleichzeitigen starken Nachfrage nach denselben, ihr Preis eine gewaltige Steigerung erfahren habe, die bis zu 150 % ihres Nominalwertes gegangen sei. Andererseits sei der Preis für die europäischen Kompensationsquittungen sehr gefallen und schwanke jetzt um 60 % ihres Nominalwertes, wobei noch ungefähr europäische Befreiungen von rund 2,5 Millionen Zlotj vorhanden seien, die überhaupt keine Abnehmer finden könnten. Dieser Zustand habe den Verband der Kammeren gezwungen, an die Bearbeitung einer Reform dieses Systems heranzugehen, deren Durchführung in nächster Zeit zu erwarten sei.

Das System der Warenkompensation mit den verschiedenen Staaten sei dem von anderen Staaten in Anwendung gebrachten gleichgerart und arbeite befriedigend.

„Die gegenwärtig bedeutendste Hilfe für die industrielle Ausfuhr bildet der Ausfuhrfonds beim Verband der Kammeren, der gebildet wird aus den sogenannten „Auskäufen“, oder den Gebühren, die von den Importeuren reglementierter Waren erhoben werden. Das System geht von dem Gedanken aus, daß die Erlaubnis zur Einfuhr bestimmter reglementierter Waren davon abhängig gemacht wird, daß der Importeur ein gleichwertiges Ausfuhrgeschäft nach dem Lande abschließt, aus dem die in Frage kommende Ware eingeführt werden soll. Der „Auskauf“ bildet die Garantie, daß der Importeur nach Erlangung der Bescheinigung des Einfuhrrechts die Durchführung eines Ausfuhrgeschäfts nachweisen wird; da der Importeur jedoch nicht in der Lage ist, das Ausfuhrgeschäft durchzuführen, so entfällt diese Garantie auf einen beim Verbands der Industrie- und Handelskammern bestehenden Fonds, aus welchem in der Folge die Zuschüsse bei der Ausfuhr bestimmter Artikel erteilt werden. . . Dieses System erweist unserer Ausfuhr sehr große Dienste, wenn man einerseits die sehr bescheidenen Beträge in Betracht zieht, über die der Fonds verfügt, und andererseits den bedeutenden Teil der Ausfuhr, der aus dieser Hilfe Nutzen zieht.“

Mit diesen und ähnlichen Fragen, soweit sie insbesondere die Finanzierung des über Obdingen getätigten Warenaus- und ein- fuhrbedarfs betreffen, befaßte sich die Mitte Januar d. Jz. von der Industrie- und Handelskammer in Obdingen einberufene Konferenz. Es wurden die Probleme der Ausfuhr und die der Ein- fuhr getrennt behandelt.

In Bezug auf die Finanzierung des Exportes be- reite die größte Schwierigkeit der in Obdingen höhere als im Aus- land offizielle Zinsfuß, an den sich die Privatbanken halten müßten. Die dadurch entstehende Spanne komme den ausländi- schen und Danziger Banken zugute, die im allgemeinen dank der materiellen Hilfe seitens der Danziger Behörden und der Unter- stützungen durch ihre deutschen Zentralen einen um 1 % nie- drigeren als den in Obdingen angenehmen Zinsfuß hätten. Dieser Unterschied würde sich stark zu Danzigs Gunsten aus, das infolgedessen in der Finanzierung des polnischen feindlichen Handels, neben den ausländischen Banken, die vor allem den Import aus Polen finanzierten, eine ent- scheidende Rolle spiele. Dazu trügen auch die niedrigeren Bank- kosten in Danzig bei, da dort verschiedene in Obdingen berechnete Gebühren wegfielen.

Diese Zinspanne müßte nach Ansicht Obdingener Fachkreise beseitigt oder aus öffentlichen Fonds gedeckt werden, ähnlich, wie das in Danzig der Fall sei. Vor allem der bestehende Export- fonds müßte dazu herangezogen werden, umso mehr, als eine derartige Verwendung der Gelder entschieden zweckmäßiger wäre als eine direkte Prämisierung der Ausfuhr.

Was die Finanzierung der Einfuhr betreffe, so hätten auf diesem Gebiete die Obdingener Banken in den letzten Jahren sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Hierbei handele es sich in erster Linie um die Finanzierung des Verteilungshandels und die Zusammenarbeit mit den Spektationsunternehmungen, die vielfach die Verjüngung und die Transportkosten kreditieren.

„Hier muß bemerkt werden, daß der vom hiesigen Zollamt gewährte Zollkredit sehr teuer ist, und zwar im Durch- schnitt um 2 % höher als in Danzig. Außerdem ist die Art der Krediterteilung und Wiedereinkauf überaus unelastisch und bereitet viel Schwierigkeiten.“

Diese Unterschiede in den Kosten und der Methode der Kredit- gewährung zwischen Danzig und Obdingen wirkt sich auch un- günstig auf die Einfuhrfinanzierung aus, die bis heute zum über- wiegenden Teile in Danzig getätigt werde.

[„Polska Gospodarcza“, Heft 1, vom 5. 1. 1935; „Co- dzienne Gazeta Handlowa“ vom 16. und 27.—28. Januar und 2.—4. Februar 1935.]

## Zur Frage der Schafhaltung in Polen.

Trotz der in Polen seit längerer Zeit anhaltenden Propa- gierung und staatlichen Förderung der Schafhaltung ist die Ge- samtzahl der Schafe dennoch im Abnehmen begriffen. Selbst ge- setzliche Wollverwertungsvereinbarungen und größere Militärkäufe konnten dieser Tendenz nicht Einhalt gebieten. Besonders auf- fallend ist dabei die starke Verschiebung hinsichtlich der Ab- bzw. Zunahme der Schafanzahl und weiterhin deren Abhängig- keit von der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe.

Nach den letzten Erhebungen war mit einer Oelfschafanzahl in Polen von rund 2500 000 Stück zu rechnen. Dabei verdiente betont zu werden, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Größe von über 50 ha eine dauernde Abnahme der ge- haltenen Schafe zu verzeichnen sei, während im Gegensatz dazu die Betriebe bis zu 50 ha im allgemeinen ihren Schafbestand vergrößerten.

Die Verteilung der Schafe auf die einzelnen Landesteile sei auch recht verschieden. Während die westlichen und zentralen Woiwodschaften eine recht beachtliche Abnahme zeigten, habe die Zahl der Schafe in den südlichen Woiwodschaften etwas und in der Warsauer Woiwodschaft bedeutend zugenommen. Der Schaf- bestand sei in denjenigen Woiwodschaften am stärksten zurück- gegangen, die den größten Anteil an der inländischen Wolllese-

tung haben. Aus den von der „Polenreise 1933“ heranzu- gegebenen Zusammenstellungen der durch Vermittlung der Wollse- gebenden Wollmengen gehe hervor, daß die größte Menge Wolle aus den folgenden Woiwodschaften verkauft worden sei: aus dem Posenischen — 42,3 %, Pommerellen — 20,0 % und aus der Woiwodschaft Warschau — 12,3 %. Die Anzahl der Schafe sei in der Zeit von 1930—1933 in der Woiwodschaft Posen um 17 200, der Woiwodschaft Pommerellen um 25 400 und in der Woiwodschaft Warschau um 9 100 Stück zurückgegangen. Die drei Woiwodschaften hätten zusammen rund 84 % der gesamten auf den Markt kommenden Wollmenge geliefert.

Für diese factsche Schrumpfung bringt der Krakauer „Gaz“ folgende Erklärung:

„Die Ausfuhr von Schafen und Hammelfleisch fand aus- schließlich aus den Woiwodschaften Posen und Pommerellen statt, deren Märkten ein bedeutender Prozentsatz der Erzeu- gung entnommen wurde. So habe beispielsweise im Jahre 1932 die Produktion von Hammelfleisch in den westlichen Woi- wodschaften — 15 100 dz und die Ausfuhr — 6 193 dz, also über 40 % der Erzeugung ausgemacht. Berücksichtigt man auch noch die Ausfuhr lebender Hammel, so sehen wir, daß die Ausfuhr diesem Marke rund 50 % seiner Gesamtzeugung abgenommen hat. Im Jahre 1934 hat sich der Export von Ham- melfleisch und Schafen sehr verringert. Im Verlauf von 10 Monaten konnten wir kaum 3 841 Schafe und rund 4 370 dz Hammelfleisch ausführen. Noch stärker ist jedoch die Nach- frage nach Hammelfleisch auf dem Inlandsmarkte geschrumpft. So ist beispielsweise der Verbrauch an Hammelfleisch in Po- sen von 725 to im Jahre 1929/30 auf 58,9 to im Jahre 1931/32 zurückgegangen. Der Verbrauch dieses Fleisches ist in anderen Städten noch geringer.“

Ein Hauptgrund für diese beträchtliche Tatsache seien nach An- sicht des „Gaz“ vor allem die unverhältnismäßig hohen Ge- bühren in den Markthalen und Schlachthäusern. Der Landwirt erhalte gegenwärtig rund 12 Ploz für ein Schaf, die Schlachthaus- und Markthalengebühren betragen 8,30 Ploz, zu denen noch Fracht-, Vermittlungs- und Selbstverwertungskosten hinzukämen, so daß im Endergebnis der Bauer für die Fleischzeugung weni- ger erhalte, als die gesamten Nebennutzen ausmachten. Dadurch würde das Hammelfleisch so verteuert, daß die ärmeren Volks- schichten an einen Erwerb desselben nicht zu denken vermöchten. Dieser Zustand wirke sich sehr nachteilig auf die Schafzucht der Westgebiete aus. Für die bedeutend leichteren Schafe der öst- lichen Gebiete befänden unter diesen Umständen überhaupt keine Absatzmöglichkeiten.

Gegenwärtig ist die Anzahl der Schafe in den Handels- wolle erzeugenden Gebieten stark geschrumpft, andererseits ist die Verpflichtung, Inlandwolle den für die staatlichen In- stitute bestimmten Erzeugnissen hinzuzugeben, auf 45 % (bis- her 25 %) erhöht worden. Es besteht jedoch die Befürchtung, daß der Wollpreis im Jahre 1935 gesenkt werden wird. Nach Informationen, die der Verband der Kamern und landwirt- schaftlichen Organisationen besitzt, sind zwischen der Textil- industrie und einzelnen Wollproduzenten fiktive Kaufabschlüsse auf Inlandwolle getätigt worden. Besitzt die Textilindustrie eine genügende Anzahl solcher fiktiver Abschlüsse, um den angebotenen Kauf einer genügenden Menge Inlandwolle nach- weisen zu können, so hält sie sich vom weiteren Wollkauf zurück, was auf dem Marke manzels Nachfrage nach diesem Artikel ein vermehrtes Angebot zur Folge hat.“

Die Wolle besserer Sorte (A), die für die teureren Erzeugnisse vom Absatz auf dem freien Markte verwendet werde, beziehe die Textilindustrie vorwiegend aus dem Auslande. Dort sei es näm- lich möglich, langfristigen und billigen Kredit zu erhalten, während die Inlandwolle in bar bezahlt werden müsse. Aus diesem Gründe sei es notwendig, daß von irgendeiner Seite Kredite bereitgestellt würden, um der Industrie den Ankauf besserer Sorten inländi- scher Wolle zu ermöglichen.

Von diesen Überlegungen ausgehend, habe der Verband der Kamern und landwirtschaftlichen Organisationen folgende For-

derangen erhoben, durch deren Erfüllung er die Rentabilität der Schiffahrt zu sichern hofft:

„1. Bereitstellung besonders günstiger Kredite, die der Textilindustrie den Ankauf von besseren Sorten inländischer Wolle ermöglichen.

2. Erhöhung des plichtmäßigen prozentualen Zusatzes inländischer Wolle bei den an die staatlichen Institutionen zu liefernden Waren bis zu 50 %.

3. Eine bedeutende Senkung der Markt- und städtischen Schlachthausgebühren für Schafe und Hammelfleisch.

4. Der Versuch, bei Handelsvertragsverhandlungen mit dem Auslande möglichst hohe Kontingente für Schafe und Hammelfleisch zu erlangen.

5. Revision des bisherigen Systems der Ausgabe von Bescheinigungen, die die Textilindustrie erwerben mußte, um den Ankauf von Inlandwolle nachzuweisen, um auf diese Art die Durchführung fiktiver Handelsabschlüsse zu verhindern.“

[„Czas“—Krakau vom 22. 1. 1935.]

### Wirtschaftsentwicklung und Ausbau Gdingens.

Aus Anlaß des Ende Juni v. J. in Gdingen stattfindenden „Festes des Meeres“ brachte das führende polnische Wirtschaftsblatt, die „Codzienna Gazeta Handlowa“, eine Reihe von Aufsätzen namhafter Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens über die Entwicklung Gdingens bis zu jenem Zeitpunkt und die Probleme bezüglich des Hafens und der Stadt, die einer raschen Durchführung harren, (Zergl. Nr. 18—20 und Nr. 31—32 (1934) anderer Berichte). Überblickt man von diesem Gesichtspunkt aus die nach dem Jahreswechsel 1934/1935 in der polnischen Presse erscheinenden Artikel über Gdingen, so gewinnt man die Überzeugung, daß trotz der seit dem Feste des Meeres vergangenen kurzen Zeit viele der damals noch zu lösenden Fragen inzwischen bereits ihre Erfüllung gefunden haben und der Gdinger Hafen weiterhin einen glänzenden Aufschwung erlebt habe.

Anfang dieses Jahres brachte die „Codzienna Gazeta Handlowa“ erneut eine Sammlung von Aufsätzen über Gdingen. In der Einleitung dazu schreibt Ingenieur Napoleon Korzon, der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer in Gdingen (und gleichzeitigiger Direktor des „Robur“-Konzerns, sowie schwedischer Generalkonsul in Gdingen):

„Das Jahr 1934 zeigte in der Entwicklung Gdingens einen bedeutenden Fortschritt. Der zu Ende gehende Abschnitt des Hafenaufbaues wandelt sich schrittweise in einen neuen Zeitabschnitt inneren Ausbaues nicht nur technischer, sondern vor allem organisatorischer Art. Neben den neuen Kaimanlagen, Lastkränen und Magazinen, welche die Regierung in ihrer fürsorglichen Bemühung in Gdingen errichtet hat, ändern sich die bisherigen provisorischen Formen organisatorischer Tätigkeit im Hafen und werden von neuen, den Anforderungen eines normal arbeitenden Hafens genügenden Institutionen ersetzt. Erwähnt muß hierbei wenigstens werden die neue Gesetzgebung über die Hafengebühren, die Reorganisation des Seeamtes, die Neubildung des Zollendienstes und die Errichtung des Freihafengebietes.“

Außerdem stand das Jahr 1934 im Zeichen der Entwicklung von Industrie und Handel, besonders auf dem Gebiete des Fanges und der Verarbeitung von Seefischen.

Das Jahr 1935 muß eine weitere organisatorische Entwicklung unseres Hafens bringen, und vor allem muß es einen bedeutenden Fortschritt hinsichtlich der Umwandlung aus einem Umschlagshafen in einen Sammelpunkt des Handels und der Verteilung im Baltikum werden.“

Dieses im allgemeinen gute Urteil findet in der Tat in den Angaben der polnischen Presse seine Bestätigung, wenngleich es auch heute noch an Mängeln verschiedener Art nicht fehlt (vergl. auch den Artikel in der heutigen Nummer unserer Berichte: „Exportgebnisse und Exportförderung“).

Es zum Jahre 1930 einschließlich hat sich der Umschlag im Gdinger Hafen wie folgt gestaltet:

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr		Gesamtumschlag
	lt	in to	in to	in to	
1924	981	9 186		10 167	
1925	1 646	59 925		55 571	
1926	310	404 251		404 561	
1927	6 411	891 668		898 064	
1928	192 714	1 765 058		1 957 769	
1929	329 644	2 492 858		2 822 502	
1930	504 117	3 121 691		3 625 748	
1931	558 549	4 741 595		5 300 114	
1932	432 888	4 761 400		5 194 288	
1933	870 704	5 235 162		6 105 866	
1934	991 544	6 200 309		7 191 913	

Die allgemeine Umschlagszunahme beträgt danach im letzten Jahre 1 086 047 to, wobei die Einfuhr um 120 840 to und die Ausfuhr um 965 147 to angefliegen ist. Das Jahr 1934 zeige also eine Entwicklung, die der des vorhergehenden Jahres ungefähr gleich gewesen sei, welches gegenüber dem Jahre 1932 einen Anstieg von 17 1/2 % zu verzeichnen gehabt habe. Vergleichsweise sei dazu angeführt, daß die mit Gdingen konkurrierenden Häfen Stettin und Danzig im Jahre 1934 eine Umschlagszunahme von 23 % bzw. 20 % zu verzeichnen gehabt hätten. Lediglich das Jahr 1932 habe einen unbedeutenden Rückgang der Umschlagsmenge gezeigt, während seitdem wieder ein starkes Anwachsen des Verkehrs zu beobachten sei.

„Wir sehen somit, daß die Besserung der Lage in Gdingen ohne Zweifel eine gewisse wirtschaftliche Belebung des Hinterlandes widerspiegelt, und daß diese sich verhältnismäßig stärker auf die Einfuhr als auf die Ausfuhr auswirkt, welche letztere übrigens immer die Zahlen auf der Einfuhrseite um ein Vielfaches übersteigt. Das ist vollkommen verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die hauptsächlichsten Positionen auf der Ausfuhrseite solche Massenartikel wie Kohle und Holz sind, für die es keine entsprechenden Gegenposten auf der Einfuhrseite gibt.“

So beträgt allein die Ausfuhrzunahme von Kohle und Holz im Jahre 1934 im Verhältnis zum vorhergehenden Jahre 897 543 to bei einer Zunahme des Gesamtumschlages von 1 086 047 to.

„Zu den günstigen Erscheinungen muß man auch die unveränderte Mannigfaltigkeit der in Gdingen zur Verladung gelangenden Waren rechnen. Dies bezieht sich sowohl auf die Einfuhr wie auf die Ausfuhr. Die ursprünglichen Tendenzen der fremden Konkurrenz, Gdingen als fast ausschließlichen Kohlenhafen hinzustellen, sind schon längst als unwahr widerlegt worden. Gdingen kann man heute zu denjenigen Häfen zählen, die den Umschlag einer jeden Ware übernehmen können, was gleichzeitig die Gewähr einer dauernden Beschäftigung des Hafens gibt und ihn unabhängig macht von Zeiten schlechter Konjunktur für einzelne Zweige des Wirtschaftslebens in dem den Hafen versorgenden Hinterlande.“

Danz allgemein lasse sich feststellen, daß die Vergrößerung der Gesamtumschlagsziffer im Jahre 1934 sowohl auf der Einfuhr- wie Ausfuhrseite durch die zunehmende umgeschlagene Rohstoffmenge bedingt gewesen sei. Bei der Einfuhr seien es industrielle Rohstoffe, so daß also auch von einer übermäßigen Einfuhr unnötiger Waren nicht die Rede sein könne. Einige Warengruppen, wie Zucker, Bacon, u. a., gehen heute ausschließlich oder fast ausschließlich über Gdingen; eine Reihe anderer, wie Schrot, Eisenzer, Baumwolle und Reis, haben sich in Bezug auf die Umschlagsmenge in Gdingen einer Standardisierung genähert.

In der Frage des im Jahre 1934 durchgeführten weiteren Ausbaues des Hafens muß man die Investitionen in zwei Gruppen einteilen: zur ersten sind die staatlichen, zur zweiten Gruppe die privaten Investitionen zu zählen. So seien im vergangenen Jahre 1700 m neue Kaimauern, 1740 m Wassermauern und 1435 m Eisenbetonhäfen errichtet worden; weiterhin wurden 2 Holzbrücken im Industrieal an für den zukünftigen Holzhafen gebaut und rund 800 000 m<sup>3</sup> Torf für neue Dämme ausgehoben. Nebenbei erwähnt sei der in bedeutendem Umfang geführte Straßenbau.

In neuen Hafeneinrichtungen seien u. a. zu nennen: 10 Transporthäfen, und zwar 6 treiblose und 4 fünftonnige für Schrott. In den Magazinen seien 5 neue Winden und im Freihafen eine Verbindung zwischen den Lagern hergestellt worden, so daß die Transporthäfen den ganzen Fall der Vereinten Staaten entlang bewegt werden könnten.

Von privaten Bauten im Hafen seien zu erwähnen: die Errichtung einer Aubertation der Firma „Polimint“ für Motorschiffe, ein Magazin der Firma „Wifluka“, mehrere Fischkonditoreien, ein weiterer Teil des Heringslagers der Firma „Rema“, sowie eine Reihe kleinerer Investitionen.

In haushälterischer Hinsicht müsse zur Vervollständigung des Bildes der intensiven Ausbau der Stadt festst. erwohnt werden. Als ein Beweis für die Entwicklung der Stadt und die geleisteten Arbeiten auf dem Gebiete des Straßen- und Platzbaues einerseits und der Volkserziehung, Kultur und Kunst, öffentlichen Wohles und der Sicherheit könnten die Ausgaben der Gemeinde Öbingen angeführt werden. Diese seien nämlich von 357 000 Lotz im Jahre 1929/37 auf 22 944 000 Lotz im Jahre 1933/34 angestiegen.

Dies ist immer groß als in der eben geschilderten Hinsicht sei, den politischen Prestigestimmen zufolge, der Fortschritt und die Entwicklung des Handels und der staatlichen und privaten Verwaltung gewesen. Nach einer Äußerung des Vorsitzenden des Expeditionenverbandes und gleichzeitigigen zweiten Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer in Öbingen, Direktor Hochwoski, habe Öbingen im Jahre 1934 unter dem Zeichen der großzügigen Regelung des Zollwesens und des Verlaufs einer Lösung der brennenden sozialen Fragen gestanden. Die Aufgaben des Jahres 1935 würden vor allem Eisenbahn- und Kreditfragen und besonders die Schaffung vorstellbarer Stadttarife im Hafenverkehr sein.

Das Zollwesen sei heute einer der besten arbeitenden Zweige des Hafenlebens in Öbingen.

„Als entscheidendes Jahr in den Fragen des Zolls muß das Jahr 1933/1934 angesehen werden. Heute kann man über diese Angelegenheiten mit der größten Anerkennung sprechen, da tatsächlich in allem, was mit dem Zoll zusammenhängt, ein außerordentlicher Fortschritt zu spüren ist. . . Von großer Bedeutung ist die Erhöhung der Kompetenz des Gdingener Zollamtes zu einer Behörde II. Instanz, sowie die Errichtung eines neuen Gebäudes für es.“

Die im Jahre 1934 durchgeführten Vervollkommnungen auf dem Gebiete des Zollwesens, wie u. a. auch die Erhöhung der Zahl der Zollbeamten, die Aufteilung des Zollgebietes in Unterämter und die Errichtung eines Laboratoriums zur Untersuchung zollpflichtiger Waren seien von großem Wert gewesen, wenn gleich sie noch nach eine Förderung unerfüllt gelassen hätten.

Ein anderes sehr wichtiges Gebiet der wirtschaftlichen Arbeit im Hafen sei die Frage der gezielten Regelung der Hafengebühren zwecks Sicherung einer größeren Beweglichkeit in der Tätigkeit des Seewerks.

„Entscheidend für die Vervollkommnung der Hafenarbeit war die Anpassung der Hafenbetriebsausgaben an das Entwicklungstempo des Umschlages. Deshalb steht auch das Jahr 1934 im Zeichen einer weitgehenden Normalisierung und veraltungstechnischen Konsolidierung auf dem Gebiete des Hafenbetriebes.“

Im Jahre 1934 errangen wir einen großen Erfolg, der das Ergebnis jahrelanger Bemühungen des Rates der Hafeninteressen darstellt, in Gestalt der Beilegung Gdingens von den drückenden Stempelgebühren, die in keinem anderen Hafen Anwendung finden. Diese Beilegung ist bereits in Kraft getreten, doch erweist es sich, daß weiterhin die Notwendigkeit der Novellisierung der rechtlichen Grundlagen dieser Verordnung besteht, da die bisherige Verordnung nicht alle Fragen auf diesem Gebiete regelt. Die Grundsätze dieser Novelle sind bereits von der Regierung angenommen worden.“

Nach einem Aufsatz in Heft 8 der „Polska Gospodarka“ gebe die überragende Bedeutung Öbings im polnischen Außenhandel daraus hervor, daß Öbingen als Umschlagshafen rund 72 % des

Gewichtes und rund 60 % des allgemeinen Wertes des Außenhandels umfasse.

„Die wirtschaftliche Entwicklung Gdingens zeichne sich im Verlauf der 15 Jahre beachtliche Erfolge sowohl hinsichtlich der Industrie wie des Handels. Die Angaben, betreffend die ausgekauften Industriepatente, zeigen, daß in Gdingen 153 industrielle Unternehmungen, 500 Handwerksbetriebe und 1876 Handelsunternehmen tätig sind.“

Die Gdingener Industrie ist nicht sehr differenziert und beschränkt sich eigentlich nur auf einige Branchen, die direkt mit der Versorgung des Hafens und der Stadt in Verbindung stehen. Daher sind auch die Bau- und die Lebensmittelindustrie am stärksten vertreten, indem sie rund 50 % aller industrieller Unternehmungen Gdingens umfassen. Außerdem kommen noch die Mineral-, Metall-, chemische, Holz- und graphische Industrie in Frage. Eine für Gdingen recht charakteristische Tatsache ist das verhältnismäßig starke Anwachsen des Handwerks, das recht mannigfaltig und differenziert ist. Dies ist durch die übergroße Anzahl von Handwerkern in Polen überhaupt und ihre Flucht aus den früheren Wohngebieten auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu erklären.

Es verdient, betont zu werden, daß dieser Drang, sich in Gdingen niederzulassen, nicht nur das Handwerk, sondern auch den Handel kennzeichnet. Die Folgen dieser Jagd nach neuen Arbeitsmärkten erwiesen sich nicht in allen Fällen als gelungen. Während auf einigen Gebieten eine übergroße Anzahl von Unternehmungen vorhanden war, konnten andere Branchen den Marktanforderungen nicht gerecht werden. Dieser Handel war durch nichts normiert, was zahlreiche Bankrotte und der Rückzug aus erst vor kurzem eingewonnenen Gebieten zur Folge hatte. In zahlreichen Fällen erwies sich das bewegliche Handelselement als nicht allzu solide und ernsthaft, indem es den Gdingener Markt nur vom Standpunkt der augenblicklichen Handelsvorteile betrachtete. Auf diese Weise ließen sich in Gdingen Firmen nieder, die einen unehrlichen Handel betrieben, indem sie am Markt in räuberischer Art herantingen und dadurch den Ruf Gdingens als Handelsstadt verderben. Im Konkurrenzkampfe gingen oft anständig arbeitende Firmen zugrunde, die dem Drange wucherischer Firmen, die sich zum Zwecke der Vernichtung des Konkurrenten der verschiedensten unehrlichen Methoden bedienten, nicht standhalten konnten.“

Eine Ordnung des Handels sei durch die Anwendung einer Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen erreicht worden. So habe man u. a. den Versuch gemacht, die bedeutenderen Firmen durch Kredithilfe zu unterstützen. Dies tat vor allem die große staatliche Bankinstitute, wie die Polnische Staatsbank, die Landesbank für Wirtschaftsbanken, die Staatliche Agrarbank, dann aber auch einige Altbankbanken und die Kommunalparochien.

„Diese Institute verfolgten zwei Ziele: die Unterstützung des Gdingener Wirtschaftslebens und die Finanzierung des Seehandels. Die bedeutenderen Unternehmungen befanden sich infolgedessen in einer bedeutend besseren Lage, da die Banken ihnen ihre wirtschaftliche Existenz und die Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes ermöglichten. Gegenwärtig kann man auf dem Gebiete der Kreditierung des Handels in Gdingen eine verhältnismäßige Reichhaltigkeit der Kredite und deren Billigkeit feststellen. Ebenso sind bedeutende Erleichterungen hinsichtlich des Kurz- und langfristigen Kredites und insbesondere hinsichtlich der hypothekarischen und Wechselseicherheiten durchgeführt worden.“

Ein anderes bedeutendes Mittel, das für solide Gdingener Unternehmungen starke Grundlagen schafft, ist das System der Steuererleichterungen. Man hat sich den Grundsatz einer weitgehendsten Gewährung von Erleichterungen zu eigen gemacht, wie sie in der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 1. 6. 1927 über die Unterstützung des Ausbaues und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens von Gdingen vorgesehen sind. Die Anträge auf Befreiung von der staatlichen Besteuerung des industriellen Umsatzes werden unter dem Gesichtspunkte folgender Kriterien beurteilt: a) die vorhergehende wirtschaftliche Tätig-

keit der Unternehmungen, b) die kaufmännische bzw. fachliche Eignung des Eigentümers oder Leiters der Firma, c) die finanziellen Grundlagen der Unternehmung, d) die bereits getätigten oder beabsichtigten Anlagen und Investitionen in Göttingen zum Zwecke der Inbetriebnahme und Führung der Unternehmung, e) die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Unternehmens und der Branche, der das Unternehmen angehört."

In der Organisation der Industrie und der Hafenexpedition in Odینگen sei das vergangene Jahr durch eine verstärkte Arbeitskonzentrierung und eine Reihe von Tatsachen, die einen Einfluß auf die zukünftige Arbeitsgestaltung im Hafen haben werden, gekennzeichnet. Dazu sei in erster Linie die Organisation eines einheitlichen Warenumschlags im Hafen durch eine Firma, die alle Speidatere vertritt, zu zählen. In dieser Richtung bleibe jedoch noch sehr viel zu tun übrig, sowohl in Bezug auf die Strukturwandlung dieses Unternehmens, wie der Gebühren, Tarife u. a. m.

Zur Entwicklung des Expeditionswesens habe in bedeutendem Maße die zunehmende Mannigfaltigkeit der Seeverbindungen im Ostteil des regelmäßigen Fernverkehrs und des Zustellungsdienstes beigetragen. Ein in dieser Hinsicht geführter Vergleich mit anderen europäischen Häfen zeige, daß Odینگen noch weit hinter diesen zurückstehe. Die Anzahl der regelmäßigen Schiffsfahrtslinien betrage in:

Odینگen . . . . .	38
Stettin . . . . .	40
Hamburg . . . . .	180
Bremen . . . . .	108
Antwerpen . . . . .	243

Recht interessante Angaben machte vor längerer Zeit der „Kurjer Poznański“ über das Schiffsmakler- und Expeditionswesen. Das Blatt weist vor allem auf die große Anzahl jüdischer und deutscher Firmen hin, die diese Funktionen ausüben. So befände sich die Schiffsmaklerei nur zu einem Drittel in polnischen Händen. Der Anteil am Expeditionswesen sei noch geringer. Eigentümer der Expeditionunternehmungen in Odینگen und Danzig seien gegenwärtig:

Nationalität der Eigentümer	Anzahl der Unternehmungen	
	in Odینگen	in Danzig
Juden	14	12
Deutsche	6	17
Polen	5	3
Anderer	1	3

Zur letzten Gruppe seien diejenigen Unternehmungen gezählt, in denen kein jüdisches Kapital arbeite und die internationalen Charakter trügen.

Wie bereits zu Anfang erwähnt, werde die Hauptaufgabe des Jahres 1935 die Vervollkommnung des Eisenbahnwesens und eine günstige Regelung der entsprechenden Tarife, in besonderem Maße innerhalb des Hafens selbst (Kohaltarif), sein. Die Wichtigkeit der bisher von der Polnischen Staatsbahn geführten Seetarifpolitik habe das Jahr 1934 erneut bewiesen. Die Fortführung dieser Politik und sogar ihre zunehmende Aktioierung werde besonders mit Rücksicht auf die anwachsende Aktivität der Konkurrenzstarke in den Nachbarhäfen immer notwendiger. In erster Linie träfen hierbei die Fragen des weiteren Ausbaues des Hafeneisenbahnwesens und im Zusammenhang damit die Politik des lokalen Hafentaris in Erwägung. Es bilde sich nämlich im In- und Auslande in Bezug auf Odینگen die Meinung, daß die Nebengebühren eine unerschwingliche Verteuerung der an und für sich gefunden und guten Anschlagbedingungen zur Folge hätten. Das Jahr 1935 werde daher im Zeichen der Beseitigung dieser Mängel verkehrt- und zollpolitischer Art und der Anpassung dieser Funktionen an die steigenden Anforderungen des Hafens stehen müssen.

[„Polska Gospodarcza“, Heft 4, vom 26. 1. 1935 und Heft 8 vom 23. 2. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“, Nr. 1.—2. 1. 1935; „Kurjer Warszawski“ vom 4. 2. 1935; „Kurjer Poznański“ vom 3. 11. und 30. 12. 1934; „Gazeta Gdańska“ vom 29. 12. 1934.]

## Zur Frage der Agrarreform und die staatliche Landwirtschaftspolitik.

Während der jetzige Januar andauernden Sejm- und Senatsdebatten über den Staatshaushalt hat u. a. auch der Minister für Landwirtschaft und Agrarreform, Poniatowski, mehrfach die Gelegenheit zu beachtlichen Ausführungen über die von ihm auf diesen Gebieten geführte Politik benutzt. Das erste Mal trat er es Mitte Januar, als der Senatsklub des Umfahns der Agrarreform vor dem Sejm zur Verhandlung kam. Die einleitenden Ausführungen machte der Vertreter des Regierungsklubs, Abgeordneter Kamiński.

Dieser berichtete zuerst über die staatliche Zusammenlegungsaktion (Kommassation), die im Jahre 1933/34 auf einer Fläche von 300 726,9 ha durchgeführt wurde, womit sie um rund 60 640 ha hinter der Leistung des vorhergehenden Jahres zurückstehe. Der Grund dafür liege in der um 5 000 000 Zloty geringeren zur Verfügung stehenden Summe zu suchen. Seit Beginn dieser Aktion bis zum 1. April 1934 seien insgesamt 600 289 Wirtschaften und eine Fläche von 3 376 897 ha zusammengelegt worden, so daß noch 7 485 000 ha übrig blieben.

Hinsichtlich der Meliorationsfähigkeit wurden im Jahre 1933/34

„dank der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsfonds 101,7 km Wälle errichtet, 224,7 km Flüsse und 80,1 km Kanäle reguliert und eine Fläche von rund 12 500 ha mit einem Kostenaufwand von insgesamt 6,7 Millionen Zloty entwässert.“

Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1934/35 lauteten auf 63,8 km Wälle, 257,8 km Flußregulierung und 144,8 km Kanäle mit einem Kostenaufwand von 5,6 Millionen Zloty.

Zur Frage der Parzellierung übergehend, betont der Referent, daß bis zum 1. April 1934 die von der Regierung geführte Parzellierung insgesamt 503 515,3 ha umfaßt hat, die an 120 829 Erwerber verkauft wurden, in welche Zahl die Annulations- und Militärsiedlungen nicht mit eingekiffen sind. Das Tempo der Parzellierung hat nachgelassen. Die „Entschuldungsparzellierung“, die sich auf das sogenannte „Lex Ludkiewicz“ stützte, hat so gut wie gar kein Ergebnis gezeitigt . . .

Die Staatliche Agrarbank hat bis zum Schluß des Jahres 1933 zum Zwecke der Parzellierung 92 Grundstücke von einer Gesamtfläche von 101 782,5 ha und zum Kommissionsverkauf 22 Besitzungen von einer Fläche von 20 929,6 ha, darunter im Jahre 1933 aus dem Zamojskischen Majoratsgut 23 500 ha zur Schuldentilgung erworben. Bis zum Schluß des Jahres 1933 hat die Agrarbank insgesamt 5 3 673,2 ha parzelliert. Wenn dies an und für sich auch ein beachtenswerter Erfolg ist, so war es jedoch auf dem Gebiete der Parzellierung kein entscheidender Faktor . . .

Was die Privatparzellierung betrifft, so erwarten wir gegenwärtig die Regelung der Bodenpreise und Verschuldung auf ihrem Gebiete. Besonders schwierig ist die Lage der Parzellenerwerber von Privatinstanzen des langfristigen Kredites, die sehr teuer arbeiten. Selbst die besten Zahler kommen hierbei in eine aussichtslose Lage.“

In Bezug auf die durch die Melioration entstandenen Schulden führte der Referent u. a. aus:

„Die Schulden der Wassergenossenschaften werden auf persönliche Schulden zerlegt. Die Meliorationsgebühren beim Umbau der Agrarstruktur sind auf die tatsächlichen Kosten für Material und Arbeit reduziert worden. Es ist für die Zukunft beabsichtigt, Gutachten, die Ausführung von Plänen und lediglich die technische Aufsicht kostenlos zu gewähren und lediglich die tatsächlichen Kosten für Material und Arbeit in Anrechnung zu bringen . . . Die Darlehen des Staatlichen Kreditfonds für Meliorationen sind in einzelnen Fällen (in denen sie keinen Nutzen brachten oder 100 % des Schätzwertes übertrafen u. ä. m.) ganz getilgt worden, in den übrigen Fällen dagegen sind sie bis auf einen Höchstbetrag von 500 Zloty je ha meliorierten Bodens und bei anderen Verschuldungen noch weiter reduziert wer-

den. Die Rückzahlung der so verringerten Darlehnssummen soll im Verlauf von 30 Jahren erfolgen, beginnend am 1. Januar 1937, bei einer dreiprozentigen Verzinsung . . .

Die **Rentenschulden** sind auf Grund der Verordnung des Ministerrates vom 29. 9. 1933 umgerechnet worden, was den Anstellungen der Wojewodschaften Posen und Pommerellen eine bedeutende Erleichterung gebracht hat. Die Rückzahlung der vor dem 30. September 1934 entstandenen Rückstände regelt eine Verordnung vom 23. November 1934, die ermäßigte Rückzahlungen im Verlauf von 30 bzw. 15 Jahren vorsieht. Die Verzugsstrafe und Zinsen werden niedergeschlagen. Im Falle vollständiger vorzeitiger Rückzahlung der kapitalisierten Forderung mit Ausnahme der ewigen Renten, im Verlauf von 2 Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung, wird die Forderung um 20 %, und im Verlauf des folgenden Jahres um 10 % reduziert."

Zum Abschluß seiner Ausführungen betonte noch der Vortragende, daß die private Parzellierung und die der privaten Finanzinstitute dankbarer sei als die öffentlichen. Dem gegenüber sei die Aktien der Staatlichen Agrarbank ungenügend gewesen. Dem gegenüber sei einzig und allein die Kommassierungs- und Parzellierungsaktion, die von der Staat führe, von entscheidender Bedeutung gewesen.

Am Anschluß an diesen Bericht nahm dann Minister **Poniatowski** zu den wichtigsten der berührten Fragen noch besondere Stellung.

Grundlage für den von der Regierung geführten Umbau der Agrarstruktur sei das individuelle Eigentum. Dies gelte ganz bemußt, obgleich in einer Reihe großer europäischer Staaten eine Wirtschaftspolitik gemacht werde, durch die gewisse Grenzen der Individualwirtschaft vermisst würden. Dabei sei der eventuelle Vorwurf einer möglichen Verpöpfung in der technischen Entwicklung als teilweise berechtigt anzuerkennen. Aber

„wir verzichten auf die Anwendung einer Reihe von technischen Errungenschaften, weil wir höher als diese die individuellen psychischen Werte einschätzen, welche durch die äußerst entwickelte Technik vermisst werden könnten. Erst in der weiteren Folge kann eine Zusammenfassung zu bestimmten Verbänden für einzelne wirtschaftliche Tätigkeiten, wie z. B. die Absatzorganisation, die Entwicklung des Genossenschaftswesens u. a. m., von Wert sein.“

Sichtlich der Kommassierung betonte der Landwirtschaftsminister, daß das starke Anwachsen der Arbeiten auf diesem Gebiete die Gefahr einer gewissen Oberflächlichkeit in sich birge. Man sei daher bemüht, den technischen Kontrollapparat über die Geometrie durch eine Steigerung deren Verantwortlichkeit selbst zu entlasten.

„Was die Parzellierung betrifft, so war der bisherige Parzelliererwerb, der für den Boden im Verhältnis zum Ertrag unvergleichlich hohe Summen zahlen mußte, eher ein vom Bodenerwerb abschreckender Faktor. Es ereigneten sich geradezu karikaturhafte Fälle, daß die Höhe der jährlichen Amortisationsrate 250 Zloty je ha betrug; eine Höhe von 100 Zloty je ha war recht oft anzutreffen. Diese Summe herauszuwirtschaften, war natürlich ganz unmöglich. Ich bin daher der Ansicht, daß die letzten Bemühungen, d. i. die Senkung der Bodenpreise durch Neueinschätzung, die Lage der Betroffenen erleichtern wird und dadurch sich erneut ein Vertrauen herausbilden wird, daß man Boden kaufen und auch seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn es der Allgemeinheit zum Bewußtsein gekommen sein wird, daß die Verhältnisse sich zum Guten gewandelt haben, dann wird auch ein neuer Drang nach Bodenerwerb entstehen, selbstverständlich unter der Voraussetzung langfristiger Kreditierung. Von großer Bedeutung wird es auch sein, wie weitgehend die Privatparzellierung zunehmen wird, die in den letzten Jahren eine starke Schrumpfung auswies. Für das Jahr 1935/36 darf man annehmen, daß der Parzellierungsdrang und das Landangebot noch verhältnismäßig gering sein wird. Die im Vorschlag für die Vergrößerung des Landvorrates zur Parzellierung angesetzten Summen entsprechen nicht den für die nächste Zeit beabsichtigten Erweiterungen dieser Aktion.

Orientierungscharakter trägt daher auch nur meine Angabe, daß rund 50 000 ha vom Staat aus der Entschuldungsaktion übernommen werden. Diese beiden Aktionen müssen selbstverständlich mit den Möglichkeiten der Kreditierung gekoppelt werden. Auch die Kommassierungsaktion erlitt eine Schwächung, weil der Staat keine Kredite bereitstellte. In dieser Hinsicht ist wenigstens eine auch noch so geringe Hilfe notwendig, und mein Vorschlag rechnet daher damit, daß rund 25 000 Wirtschaften, d. i. ungefähr ein Drittel aller derjenigen, welche dieser Aktion unterlegen sollten, einen Kredit von 300 Zloty erhalten müßten.

Was die **Bebauung der neuen Kolonien** betrifft, so ist die in den westlichen Wojewodschaften angewandte Methode, daß man die Siedlungen fertig bebaut übergibt, die kostspieligste, doch wird man trotzdem auf sie nicht vollkommen verzichten können. Hier muß eine bestimmte Hilfe gewährt werden und wir beabsichtigen es durch die Festsetzung der maximalen Kredithöhe in Bezug auf den ha zu tun. Die Summe von 1000 Zloty für einen ha, unabhängig von anderen Lasten, ist entschieden zu hoch, da die Belastung aus der Errichtung der Gebäude 400–500 Zloty nicht übersteigen dürfte. Diese Kredithilfe wird ungefähr 12 Millionen Zloty in Anspruch nehmen. Diese Summe ist zwar im Vorschlag nicht vorgesehen, wir werden für diesen Zweck jedoch über einen Betrag bis zu 15 Millionen Zloty verfügen können, so daß durch den Umsatzfonds nur Herabsetzung der Verzinsung erfolgen wird. Rund 1½ Millionen Zloty wird zur Wiesenbewirtschaftung verwendet werden, und zwar zum Ankauf von Grassamen und Kunstdünger.“

Am der im Anschluß an die Rede des Landwirtschafts- und Agrarreformministers geführten Diskussion wurde dessen Tätigkeit und Bemühungen um die Gländung der Verhältnisse in der Landwirtschaft von allen Parteien großer Beifall und Anerkennung gezollt. Die Diskussion brachte im allgemeinen mehr Vorschläge als Kritik.

Von den Ausführungen der verschiedenen Abgeordneten verdient die des Abg. **Rajsa** von der Landwirtschaftspartei Pommerns erwähnt zu werden. Rebner wies darauf hin, daß es in Pommern noch viel Armut gebe, die auf verschiedene Art unterteilt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß der pommersche Bauer hier die Wacht auf dem Wege zum Meere und damit zur ganzen Welt bilde. In Pommern müsse intensiver gearbeitet werden, damit man den dortigen Polen nicht vorwerfen könne, daß der Stand ihrer Wirtschaften ein niedrigerer sei als der deutschen Wirtschaften. Aus diesem Grunde sei auch die Parzellierung in Pommern um vieles dringender als anderswo. In dem kleinen Gebiete Pommerns gebe es 48 Güter mit einer Fläche von je über 1000 ha. Davon seien 28 deutsche Güter und 20 polnische, zu welden letzteren bereits die 8 Staatsbännen hinzugezählt seien.

Über **Entwicklung und Lage der polnischen Landwirtschaft** sprach Minister **Poniatowski** erneut im Verlauf der Diskussion über das Budget des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform am 8. Februar vor dem Sejm. Im Gegensatz zu früheren Ausführungen anderer Minister habe sich die Rede Minister **Poniatowski**, nach dem Urteil auch der Oppositionspresse, angesehen dadurch unterschieden, daß der Minister nicht verächtlich habe, die beinahe katastrophale Lage der Landwirtschaft irgenwie zu beschönigen, sondern mit vollster Offenheit bemüht war, die wirkliche Situation darzustellen, welche Darstellung übrigens — nach Ansicht der Opposition — noch immer zu rosig gewesen sei.

Gleich zu Anfang seiner Rede habe **Poniatowski** erklärt, daß das letzte Jahr für die Landwirtschaft eine Verbesserung nicht gebracht habe. Obgleich eine gewisse Stabilisierung der Verhältnisse habe sich herausgebildet, die es ermöglichen werde, mit etwas geringeren Fehlurteilen die Folgerungen für die Zukunft daraus zu ziehen. Bei der engen Verbundenheit zwischen der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft werde es unmöglich sein, eine Verbesserung auf diesem großen Gebiete zu erzielen, ohne gleich-

zeitig daran zu gehen, die starke Verarmung der Landwirtschaft irgendwie zu beseitigen.

Wie aus den zuletzt vom Institut für Konjunkturforschung veröffentlichten Arbeiten über die Errechnung der Verteilung des Sozial Einkommens hervorgeht, entspreche der Anteil der Landwirtschaft am Sozial Einkommen nicht deren zahlenmäßigen Wert, denn während der zahlenmäßige Wert der Landwirtschaft rund 65 % erreiche, betrage ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen nur ungefähr 46 %.

„Die Änderungen, welche sich im Verlauf der letzten vier Jahre vollzogen haben, stellen sich wie folgt dar: während die allgemeine Verbrauchssenkung 19 % beträgt, zeigt der Konsum der städtischen Bevölkerung, mit Ausnahme der Lebensmittel, einen Rückgang von 18 % und der Konsum der Landbevölkerung eine Verminderung von 46 %. Spezifiziert man noch weiter und betrachtet man nur die Schicht der Kleinbauern und Landarbeiter, so wird man eine Verbrauchsschrumpfung an industriellen Erzeugnissen von 53 % feststellen. Die Ausgaben wirtschaftlicher Art in der Form von Investitionen sind um 64 % zurückgegangen.“

Die vom Pulawski-Institut über die Haushalts der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe angestellten Erhebungen zeigen, daß in der Rubrik, die eine solche Gruppe umfaßt, wie: Kleidung, Wäsche und Schuhe, nach Umrechnung der Preise von 1923 auf den Preisstand von 1928, ein Bauernfamilie im Jahre 1928 — 124 Loty und gegenwärtig nur — 64 Loty verausgabte.

Der Tabak- und Alkoholverbrauch sei bis zu 40 % zurückgegangen. Sehe man den Petroleumverbrauch im Jahre 1928 gleich 100, so hält sich der länderliche Verbrauch jetzt bei 43. Bezüge man den Absatz landwirtschaftlicher Maschinen ebenfalls auf das Jahr 1928 mit der Vergleichsziffer 100, so ergebe das Jahr 1934 sogar nur 11.

Von welcher Seite man auch dieses Problem betrachte, so zeige sich immer wieder die allzu große Verarmung der Landbevölkerung. Man müsse daher die Frage nach den tatsächlichen Ursachen der Erscheinung stellen.

Als Argument werde vielfach die Startheit der Steuerlast angeführt. Wenn in der Tat die Steuern nicht in dem gleichen Maße reduziert worden seien, wie dies hinsichtlich anderer Elemente des Wirtschaftslebens der Fall gewesen sei, so könne man dieser Erscheinung aber auch nicht die entscheidende Bedeutung beimessen. Nach Berechnungen des Pulawski-Instituts beträgt der Rückgang der Steuerleistung je 1 ha landwirtschaftlicher Fläche rund 30 %. Da, wie gesagt, der Rückgang auf anderen Gebieten größer gewesen sei, so habe das lediglich ein Ansteigen der Steuersumme von 3 auf 5 % zur Folge gehabt. Gewiß eine beachtliche, aber nicht allein für die Verarmung der Landwirtschaft verantwortlich zu machende Tatsache.

Obwohl könne die Verschuldung, trotz ihrer unregelmäßigen Verteilung und hohen Zinsleistung, nicht als entscheidender Faktor für die Verarmung und Unmöglichkeit der Arbeit in der Landwirtschaft hingestellt werden.

„Im allgemeinen wird richtig die Absatzfrage als Hauptursache angesehen; nicht nur, daß der Landwirt billiger verkauft, sondern auch der Umstand, daß er weniger verkauft, daß er mit Mühe den von ihm erzeugten Artikel überhaupt zu Geld machen kann. Wir verkaufen weniger und verkaufen schlechter. Das Bareinkommen in der Landwirtschaft, auf den ha umgerechnet, unterliegt einer so gewaltigen Schrumpfung, daß dieser selbst die mit aller Energie des Landwirts gegenübergestellten Einschränkungen in den Ausgaben nicht entgegenwirken können.“

Diese Schrumpfung beziehe sich in besonderem Maße auf die tierischen Erzeugnisse. Ganz allgemein könne man die Verminderung der Absatzmöglichkeiten mit 50 % annehmen.

„Und wie sieht dagegen der Inlandmarkt aus? Auf Grund der fortschreitenden zahlenmäßigen Zunahme unserer Bevölkerung müßte er dauernde Erweiterungstendenz aufweisen. Statt dessen haben wir eine, wenngleich nicht große, so doch mehrprozentige Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten auf

dem Inlandsmarkte zu verzeichnen. Dabei findet infolge der Verarmung der Bevölkerung eine Verschiebung vom Verbrauch der teureren zu den billigeren Lebensmitteln statt.“

In dieser Lage müsse man sich fragen, ob überhaupt eine Möglichkeit bestehe, diese Verbindung der Verhältnisse, welche diesen Zustand bedingten, zu durchbrechen, und ob man weiterhin Aussicht habe, daß sich bei größerer Anstrengung der Regierung die Absatzbedingungen im Zustande bessern und der Inlandsverbrauch steigern lassen werde.

Minister Poniatowski sieht kaum die Möglichkeiten einer nennenswerten Wundlung im Auslandswarenverkehr, so lange es nicht gelinge, eine grundsätzliche Änderung durchzuführen, denn im Auslandswarenverkehr handele es sich heute kaum noch um einen Verkauf von Waren gegen Geld, sondern mehr um einen Tausch von Waren gegen Waren. Verkaufsaussichten habe nur noch derjenige, welcher gleichzeitig bereit sei, von Käufer Waren in Empfang zu nehmen. Die polnische Konjunktionskraft sei aber sehr stark zurückgegangen. Vermehrte Ausschichten auf Unterbringung von Anzuleitungsanlagen auf dem polnischen Inlandsmarkte beständen erst dann, wenn in Polen wieder eine starke Investitionspolitis geführt werden würde. Denn nur, wenn durch diese wieder mehr Arbeitsplätze in den Wirtschaftssektoren eingeschaltet würden und an Stelle des Schrumpfens ein zunehmender Verbrauch treten würde, könnte diese Wundlung gelingen. Dazu seien aber gegenwärtig die Voraussetzungen noch nicht gegeben.

Auf dem Gebiete des Handels müsse festgestellt werden, daß die Landwirtschaft schlecht organisiert sei. Die Spanne zwischen Erzeuger und Verbraucher sei dauernd noch von allzu vielen Vermittlerstellen ausgefüllt. Wenn die Bemühungen der Landwirtschaft zur Beseitigung dieser Mißstände in der Zeit guter Konjunktur sehr nachlässig geführt worden seien, so sei es jetzt höchste Eile, das in dieser Hinsicht Vernachlässigte nachzutun und wieder aufzumachen.

In der gegenwärtigen Lage sei die dringende Arbeit die Organisation des Abhanges der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, um die bisherigen Bemühungen, auf dem Auslandsmarktewenigstens einen Teil der überschüssigen landwirtschaftlichen Produkten unterzubringen, mit Erfolg fortzusetzen.

Grundsätzlich die gleichen, wie die bisher geschilderten Bedenkungen, hatten die Ausführungen Minister Poniatowskis vor dem Senat am 4. März d. J. zum Inhalt. Auch hierbei betonte der Minister, daß infolge der außerordentlich schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft befinde, alle Energie darauf konzentriert werden müsse, der Landwirtschaft die Existenz, Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Wie schon früher betont, erstrebe die Regierung daher in erster Linie die Erweiterung des Inlandsabzuges, als dem hauptsächlichsten Abfahrtsort für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Gleichzeitig werde angestrebt, daß die Markterweiterung auch die Industrieerzeugnisse umfasse, da erst in der Erigerung der Konsumfähigkeit für diese Produkte die Möglichkeit begründet liege, den Auslandsexport zu steigern.

„Die Einwirkung auf den Inlandmarkt zwecks Schaffung von Verdienstmöglichkeiten für die Bevölkerung, als auch vermittleis einer gewissen Intervention, Absatzorganisation von Seiten der Landwirte selbst, sowohl durch Verbesserung der Güte, als auch durch Verminderung der Vermittlerstellen, die die Ware durchlaufen muß, die Präferenz der Rohstoffe und schließlich die Intensivierung der landwirtschaftlichen Organisation in der Richtung größeren Arbeitsaufwandes, wie er in Polen möglich ist — das wäre die in kürzester Form gehaltene Aufzählung der hauptsächlichsten Arbeitsmittel.“

Der Regierung werde wiederholt nahegelegt, nach dem Vorbilde anderer Länder durch Abwertung des Geldes die eigene Wirtschaftslage zu bessern. Dem Gedankem könne die Regierung nicht folgen, denn die Preisfestlegung für landwirtschaftliche Erzeugnisse sei schon eine so weitgehende, daß nielmehr an eine Erigerung derselben gedacht werden müsse. Entscheidend dafür sei auch, daß die Exportmöglichkeiten dadurch auch nicht gesteigert werden könnten. Wohl wäre damit der Import noch weiter gebessert werden können, aber in diesem Falle würde die unbedingte Folge eine Schrumpfung der Absatz sein,



da die polnischen Waren nicht in der Lage wären, ihre Konkurrenzfähigkeit in der Welt zu steigern.

Das zweite Problem von großer Wichtigkeit sei das des **Bodenpreises**. Es dürfe wohl angenommen werden, daß die Landwirtschaft, die mit aller Entschiedenheit die Notwendigkeit der Anpassung der Industriepreise, des Standes der Leistungen und Ausgaben, der Tarifhöhe und aller anderen Verpflichtungen betonten, kaum an die Verteidigung der These denken dürften, daß von diesem allgemeinen Rechte lediglich die Bodenpreise ausgenommen werden sollten. Wenn also diese Notwendigkeit auch anerkannt werde, so sei er, Poniatowski, wiederum ein Verdächter der Ansicht, daß es Pflicht des Staates sei, eine allseitige Reduzierung der Bodenpreise zu verhindern. Die erfolgreiche Intervention der Regierung in dieser Richtung liege die Parzellierungsaktion. Vor dem Kriege liege diese durch die Politik der Teilkungsmächte von polnischer Seite mit allen Mitteln unterbunden worden, um nicht eine allzu starke Reduzierung des polnischen Besitztandes zuzulassen. Nach dem Kriege habe es viele wichtigere Dinge gegeben, die einer raschen Erledigung harren. Dabei sei von Polen der wirtschaftliche Fehler begangen worden, daß man den Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktion auf Großbetriebe gestützt habe, wo diese nicht mehr zu halten gewesen seien. Man habe Anpassungen gemacht, die unter den veränderten Verhältnissen vernichtet werden müßten.

Außerdem sei es die Schwäche des Staatshaushaltes, die es gegenwärtig der Regierung unmöglich mache, in der Entschuldungsaktion den großen wie den kleinen Schuldnern die gleichen Vergünstigungen zu gewähren.

„Indem die Regierung gezwungen war, eine gewisse Reihenfolge der dringenden und der weniger dringenden Bedürfnisse durchzuführen, hat sie richtig gehandelt, wenn sie den Standpunkt vertrat, daß der Großgrundbesitz sich auch ohne diese direkte Hilfeleistung begeben kann, da er durch eine teilweise Parzellierung seines Besitzes doch eine leichte Möglichkeit hat, die Höhe seiner Verschuldung zu reduzieren.“

Abschließend stellte der Minister die Frage, ob diese Möglichkeit durchführbar sei. Wenn einer der Senatoren darauf hingewiesen habe, daß sich der Umfang der Parzellierungsaktion verringert habe, so freffe das ja. Gleichzeitig aber müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Gemisheit einer Bodenpreislenkung auch wiederum einen verstärkten Parzellierungsdrang zur Folge habe. Nach Berichten der staatlichen Behörden und der Agrarbank sei die Zahl der Parzellierungsmärkte im Anstehen begriffen. Dies müßte auch der Großgrundbesitzer empfinden, wenn er nur williger an die Parzellierung herangehen würde. Es sei nämlich im allgemeinen dort eine Abneigung gegen die Parzellierung festzustellen, wo der Erlös aus dieser Parzellierung nicht direkt dem Grundstückeigentümer zufließe, sondern zur Tilgung von dessen Schulden verwendet werde.

[„Polska Gospodarka“, Heft 7, vom 16. 2. 1935 und Heft 10 vom 9. 3. 1935; „Kurjer Poranny“ vom 16. 1. 1935; „Czas“ vom 16. und 17. 1. 1935; „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ vom 11. 2. 1935; „Kurjer Warszawski“ vom 15. 2. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 9. und 28. 2. 1935.]

## Die Lage und Bedürfnisse der großpolnischen Landwirtschaft.

Der durch die leistungsfähige Trockenheit bedingte große Ernteausfall in Großpolen, und die für es verhältnismäßig wenig Nutzen bringende Entschuldungsaktion hat dieses Gebiet im Vergleich zu anderen Landesteilen in eine geradezu untragbar schwierige Lage gebracht. Diese Erscheinung hat dann auch die landwirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände veranlaßt, mit einer Reihe von Forderungen an die Regierung heranzutreten, durch deren Erfüllung man wenigstens der größten Not abhelfen, abzuwenden zu können.

Die besondere Wirtschaftsstruktur, die Großpolen von den anderen Gebieten des Landes unterscheidet und die daher auch eine namhafte zweite Vorliebe des großpolnischen Outbeständerver-

bandes, Turno, zum Thema eines vor kurzem vor dieser Vereinigung gehaltenen Vortrages. Er wies darauf hin, daß die Polenener Landwirtschaft ihre besonderen Bedürfnisse ausweise, so daß Gesetze und Verordnungen, die beispielsweise auf die Verhältnisse Kongreß- und Kleinpolsen zugeschnitten seien, in Großpolen mit nur wenig Erfolg angewendet werden könnten. Ein typisches Beispiel dafür liege die landwirtschaftliche Entschuldungsaktion, deren Probleme in diesem Gebiete anders behandelt werden müßten als irgend sonstwo. Eine der dafür entscheidenden Ursachen sei der kapitalistische Charakter der großpolnischen Landwirtschaft, wodurch sie an den organisierten Geldmarkt gebunden lie. U. a. auch aus diesem Grunde sei der aus der Finanz-Agrar-Gesetzgebung entspringende Nutzen für dieses Gebiet geringer gewesen als für andere Landesteile. Dabei sei z. B. auch das Gesetz gegen den Wucher fast ohne Anwendung geblieben, weil man den Wucher im Posenischen nicht kenne und der Kredit lediglich aus organisierten Quellen geflossen sei. Ebenso habe die Zinsenkämpfung langfristige Kredite eine viel geringere Entlastung zur Folge gehabt, als in anderen Gebieten, weil die Anwendung dieser Kreditart eine bedeutend kleinere sei und im Durchschnitt wohl kaum 30 % der Höhe in anderen Gebieten ausmache.

„Lediglich die Akzeptationsbank gewährt bedeutendere Erleichterungen; diese können uns eine Herabsetzung der Restkalkulierung der Kindergeldhypotheken und der Leistungen an die Familienmitgliedern bringen, leider wirken sich diese Gesetze jedoch nur sehr langsam aus oder kommen überhaupt zu spät. Außerdem macht sich — infolge einer verhältnismäßig hohen Belastung gerade mit diesen Krediten — besonders in unserem Gebiete das Fehlen einer Karezzeit unangenehm bemerkbar.“

Was die gegenwärtigen Gesetze betreffe, so könnten sich die Großgrundbesitzer mit der Benachteiligung, mit der man sie zu behandeln gedenke, nicht einverstanden erklären. Ebenso könnten sie auch den in letzter Zeit von Minister Poniatowski geschilderten Plan nicht anerkennen, monach die Frage der Entschuldung des Großgrundbesitzes gesetzmäßig mit der Frage der zwangsweisen Agrarreform verbunden werde. Denn nach Ansicht des Vortragenden folge man dadurch nicht allein dem Großgrundbesitzer Schaden zu, sondern schädige die Gesamtwirtschaft Westpolens.

Mit der Entschuldung sei auf das Engste die Rentabilitätsfrage verbunden. Gegenwärtig oder könne man behaupten, daß mindestens  $\frac{1}{2}$  der gesamten großpolnischen Landwirtschaft keine überschüssige Erträge erzielt. Dies made sich besonders in diesem Jahre empfindlich bemerkbar, wo die Wirre der Landwirtschaft so großen Schaden zugefügt habe, so daß heute viele Wirtschaftsbetriebe weder Futter für das Vieh, noch Deputatsgetreide, noch Geld zur Auszahlung der Arbeiterlöhne besitzen.

Nach den letzten statistischen Berechnungen habe Großpolen im letzten Jahre rund 560 000 Tonnen Getreide weniger erzeugt, als im Durchschnitt der früheren Jahre. Dies sei ein Schaden von einem Ausmaße, der die Verluste der Überschwemmungen noch übersteige.

Schon seit mehreren Jahren bemühe sich die Regierung, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erhöhen, um so die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wieder herzustellen. Auffallend sei dabei nur das völlige Ausharren des Kartoffelmarktes, den man durch Prämierung von Stärke- und Fischenaufuhr, welche sich viel billiger stellen würde als die Getreideprämierung, bedeutend entlasten könnte.

„Wir wissen, daß der Staat bedeutende Summen für die Ausfuhr von Baconn, Schinken und anderen Vieherzeugnissen opfert, ohne daß wir als Landwirte von dieser Unterstützung etwas verspüren. Die Baconnfabriken, die langfristige Kontrakte abgeschlossen haben, sind bemüht, den Preis von Jahr zu Jahr mehr herunter zu drücken, und nehmen die Schweine nur unter großen Schwierigkeiten. Statt dessen kaufen sie die Schweine auf dem freien Markte zu einem um  $\frac{1}{2}$  niedrigeren Preise, woraus sie übermäßige Gewinne ziehen. Als Beispiel sei angeführt, daß die drei Baconnfabriken, die sich im Besitz

der Produzenten befinden, bedeutend bessere Preise zahlen als die kapitalistischen Fabriken, und trotzdem jede rund 180 000 Zloty Gewinn und außerdem noch bedeutende Investitionen gemacht hat."

Nach wie vor müsse auch über die Steuerlast Klage geführt werden, die in der Praxis keineswegs geringer gemorden sei. Die Steuerämter scheinen sich nicht damit befassen zu können, daß die Landwirtschaft aufgehört habe, für sie der lebenspendende Quell zu sein.

Mit den gleichen Fragen befaßte sich der Großpolnische Verband der Landwirtschaftlichen Gesellschaften auf einer Tagung in Posen, aus deren Ergebnis eine Denkschrift an den Minister für Landwirtschaft und Agrarreform geschickt wurde, in der vor allem auf die schrecklichen Folgen der Dürre hingewiesen wurden. Dabei seien auch die projektualen Ausfälle in den einzelnen Kreisen bei der letzten Ernte bekannt geworden. Für die ganze Wojewodschaft Posen zusammengenommen seien folgende Verlustzahlen errechnet worden: für Weizen — 35 %, Roggen — 33 %, Gerste — 20 %, Hafer — 35 %, Hülsenfrüchte — 75 %, Senf — 50 %, Alee — 75 %, Getreide — 65 %, Stroh aller Getreidearten rund 45 %. Zugrecht gelassen seien bei dieser Zusammenstellung nur die Kartoffeln, weil deren Stand durch den spät einsetzenden Regen teilweise noch ausgeglichen worden sei. Berücksichtigt müsse dabei allerdings werden, daß durch die unangünstigen Witterungsverhältnisse Güte und Haltbarkeit der Kartoffeln sehr stark gelitten habe.

Vinsichtlich der Auswirkungen der Dürre in Großpolen unterscheidet der Großpolnische Verband der landwirtschaftlichen Gesellschaften drei Gruppen. Zur ersten solche die Denkschrift an den Minister diejenigen Kreise, welche am meisten gelitten hätten. Dazu gehörten: Birnbaum, Scharnikau, Wollstein, Samter, Isowie Kolmar, Kamisch, Obornik und Posen.

Zur zweiten Gruppe gehörten diejenigen Kreise, denen Verluste sich auf der Durchschnittshöhe für die ganze Wojewodschaft hielten; das seien die Kreise: Janin, Kempen, Schwbin, Kissa, Bromberg und Wronowitz.

Zur dritten Gruppe gehörten schließlich die am wenigsten betroffenen Kreise, wie Schrimm, Jaroschin, Kofien, Olesin, Wirsin, Wreschen, Reutomsch, Schweda, Ostromo, Hohensta, Krotoschin, Gofsin und Mogilno.

Von den auf Grund dieser Tatsachen in der Denkschrift angeführten Forderungen seien nachstehend die wichtigsten wiedergegeben: 1. Erteilung von Vergünstigungen durch alle Sozialversicherungsinstitute gemäß Art. 3 des Gesetzes vom 15. 3. 1934 auch für diejenigen Rückstände, welche in der Zeit vom 1. Juli 1932 bis zum 1. Oktober 1934 entstanden sind, und Verschiebung des ersten Rückzahlungsdatum bis zum 1. Oktober 1935, 2. Herabsetzung der rückständigen Staatssteuern und Stempelgebühren, besonders für die Inflebler, 3. Ermäßigung des Direktors der Finanzkammer in Posen zur Gewährung von Steuernachlässen bei den von der Dürre besonders hart Betroffenen, 4. Erteilung durch die Staatliche Agrarbank eines niedrig oder unverjünglichen Kredits zum Ankauf von Kraftfutter und zur Durchführung der Herbststellung, 5. Herabsetzung des Eisenbahngütertarifes um mindestens die Hälfte für Kraftfutter und Saatgut für die besonders hart betroffenen Gebiete, 6. Verbindung der Zwangsabfuhrung für die schon nach der Konvention des langfristigen Kredites bei Pöjener Kreditbankständig rückständig gebliebenen Noten und erneute Verteilung dieser Rückstände auf Raten.

Im Zusammenhange mit dem Besprochenen ist auch die Entscheidung von Interesse, die vom „Räte des Verbandes der Kammern und Landwirtschaftlichen Organisationen“ auf der am 26. und 27. Februar in War-

schau stattgefundenen Sitzung gefaßt wurde. Die Bedeutung dieser Resolution, die die Gesamtlage der polnischen Landwirtschaft betrifft, kommt dadurch besonders zum Ausdruck, wenn man berücksichtigt, daß neben den führenden Persönlichkeiten des polnischen Wirtschaftslebens u. a. auch teilnahmen: Minister Rakowski, der frühere Minister Jania Polejowski, der frühere Minister und derzeitige Rektor der Warsauer Universität Stankiewicz, der frühere Minister Kwiatkowski, verschiedene Abgeordnete u. a. m.

Diese Entscheidung hatte folgenden Wortlaut:

„In voller Anerkennung der Bedeutung, die den Bemühungen der Wirtschaftspolitik des Staates im Kampf gegen die Agrarkrise zuzuschreiben ist, stellt der Rat des Verbandes der Kammern und Landwirtschaftlichen Organisationen der Republik Polen fest, daß die bisher in Anwendung gebrachten Mittel jedoch nicht zur Beherrschung der Lage geführt haben, das weitere Absinken der Preise nicht zu hemmen und das seit Jahren zerrüttete Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der landwirtschaftlichen Betriebe nicht wiederherzustellen vermochten.

Der Rat des Verbandes stellt fest, daß die Lage der Landwirtschaft sich mit jedem Jahre mehr verschlechtert. Breite Massen der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind nicht mehr imstande, sich ordentlich zu ernähren, und besitzen keine Mittel zum Ankauf der allernotwendigsten industriellen Erzeugnisse und müssen auf die Befriedigung der allerprimitivsten materiellen Erfordernisse verzichten. Die Überbevölkerung des Landes wächst in raschem Tempo an und hat eine weitere Teilung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zur Folge, was zu einer zunehmenden Proletarisierung der Landbevölkerung führt.

In der Überzeugung, daß ein weiteres Andauern dieses Zustandes die Kraft und Macht des Staates gefährdet, weist der Rat des Verbandes mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, entscheidendere Methoden und Mittel anzuwenden, die eine Beherrschung der Krise gestatten und den Millionenmassen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die die Grundlage des Volkes und Polnischen Staates bilden, die Existenzmöglichkeiten wiedergeben . . .

Das Programm des Kampfes gegen die Krise muß die Vergrößerung des Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung und damit die Vergrößerung des Anteiles der Landwirtschaft am gesamten sozialen Einkommen zum Ziele haben, durch eine Fortführung der Aktion, welche die Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie eine Steigerung und entsprechende Organisation des Agrarexportes anstrebt . . .

Gleichzeitig muß die staatliche Wirtschaftspolitik mit eiserner Konsequenz und Rücksichtslosigkeit die Anpassung der starren Elemente unseres Wirtschaftslebens an die verringerten Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe anstreben, sowohl auf dem Gebiete des privatrechtlichen wie öffentlich-rechtlichen Lebens, indem solche Fragen erfaßt werden, wie die Angleichung der Preisunterschiede, Reduzierung der hohen Belastung zugunsten der öffentlich-rechtlichen Wirtschaft und die Regelung der Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhang mit dem Zinsendienst."

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 1., 3. und 12. März 1935; „Czas“ vom 18. 2. 1935.]